

Stellungnahme zu den aktuellen Entwicklungen um die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V. (DITIB)

Die aktuellen Entwicklungen um die DITIB in Deutschland sind beunruhigend. Der größte muslimische Verband hat Kritik auf sich gezogen, weil einzelne Ortsvereine sich geringschätzig zum Weihnachtsfest geäußert haben. Darüber hinaus gaben antisemitische Äußerungen auf verschiedenen Internetseiten Anlass zu großer Sorge. Weiter löste die Nachricht Entsetzen aus, dass einige von der Türkei gesendete Imame Anhänger der Gülen-Bewegung ausspioniert haben. Diese und weitere Meldungen zeigen: Der DITIB Bundesverband steht vor großen Herausforderungen – vor allem was die Nähe zum türkischen Staat anbelangt. Während seit seiner Gründung in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts die enge Anbindung der DITIB an die türkische Religionsbehörde DIYANET bekannt ist, wird diese strukturelle und personelle Verquickung erst in den letzten Jahren durch die Politik und die verstärkte Islamisierung der Türkei durch Recep Tayyip Erdogan zunehmend zum Problem. U. a. eröffnet die Zusammensetzung des Beirats des DITIB Bundesverbandes Möglichkeiten der Einflussnahme durch die DIYANET. Nichtsdestotrotz wäre es zu einseitig die DITIB allein als den verlängerten Arm Ankaras darzustellen. Die DITIB ist genauso Migrantenorganisation. Deren Mitglieder haben in den letzten Jahrzehnten viel aufgebaut. Die Kirchen und andere Organisation pflegen seit langem den Dialog mit der DITIB auf den unterschiedlichsten Ebenen. Hier sind vertrauensvolle Beziehungen entstanden, die für unsere Gesellschaft unverzichtbar sind. Es wäre nicht nur für die engagierten Menschen muslimischen Glaubens vor Ort mehr als bedauerlich, sondern für die deutsche Gesellschaft insgesamt tragisch, wenn bestehende und für die Zukunft geplante Kooperationen der veränderten Stimmungslage zum Opfer fallen würden.

An manchen Orten ist feststellbar, dass sich Verantwortliche der DITIB aus bisherigen Kooperationen zurückziehen. Auch christliche Dialogpartner sind verunsichert und fragen, wie der Dialog weiter geführt werden kann. Sicherlich ist es notwendig und geboten, in den Begegnungen und Dialogen auf die aktuellen Entwicklungen in der Türkei und den damit einhergehenden erheblichen Belastungen hinzuweisen. Es gilt, kritische Anfragen offen zu formulieren und die Verletzungen und den mangelnden Respekt gegenüber unserem christlichen Glauben durch vereinzelte Äußerungen in Ortsvereinen der DITIB anzusprechen. Die gemeinsame Durchführung von Schulanfangsgottesdiensten, Friedensgebeten, Podiumsdiskussionen und anderen Projekten ist aber ein unverzichtbarer Beitrag dafür, dass die an solchen Veranstaltungen Beteiligten sich als Teil der deutschen Gesellschaft verstehen können. In diesen Kooperationen wird sich bewähren müssen, ob ein respektvoller Umgang miteinander möglich ist und gefördert werden kann. Die religiöse Selbstbestimmung aller beteiligten Personen im Rahmen des Grundgesetzes ist dabei Ausgangspunkt und Ziel jeglichen Engagements über religiöse Grenzen hinweg.